

LEITARTIKEL

Teufelskreis des Hungers

Bekämpft der Westen nicht die Ursachen, drohen neue Konflikte und Flucht

Der neue Bericht der Welthungerhilfe ist dramatisch. Rund 811 Millionen Menschen hungern. 41 Millionen stehen kurz vor einer Hungersnot. Die Ursachen sind vielfältig: Konflikte, Kriege, Klimawandel, Konjunkturreinbrüche, Corona. Betroffen sind vor allem Entwicklungsländer. Die westliche Wertegemeinschaft muss diese Krisen jetzt angehen, sonst wird die Lage weiter eskalieren – und früher oder später auch Europa erreichen.

Der Hunger ist bei all den aufgezählten Problemen nur das Symptom – aber ein deutlicher Hinweis darauf, dass etwas gewaltig schief läuft. Die Klimakrise wird die Hungersnöte verschärfen. Schon jetzt bedrohen Dürren und steigende Wasserspiegel die Menschheit. Madagaskar etwa erlebt aktuell die schlimmste Dürreperiode seit 30 Jahren. Bauernfamilien nehmen Samen zu sich, statt sie anzubauen, da die Zukunft denkt dort keiner mehr.

„Klimakrise wird das Problem verschärfen“

Die westliche Welt muss die Krisengebiete umfassend unterstützen. Deutschland gilt als globaler Big Player und könnte Vorbild sein. Die Bundesregierung muss unkompliziert und schnell helfen. Ein Bündel von Maßnahmen ist nötig: Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, die ruinierte Infrastruktur in den von Nahrungskrisen geplagten Regionen sollte schnellstmöglich aufgebaut und modernisiert werden. Zu-

dem brauchen die Betroffenen Lebensmittel, Geldspenden und medizinische Versorgung.

Das ist aber nur die Symptombehandlung. Zugleich müssen die Ursachen bekämpft werden, das Problem muss an der Wurzel gepackt werden. Dazu gehört vor allem die Erderhitzung. Schon im Pariser Klimaabkommen von 2015 haben sich die Vertragspartner verpflichtet, die globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen – und dann haben sich alle erst einmal Zeit gelassen. Der diesjährige IPCC-Bericht zeigt: Der Klimawandel verläuft rasanter, als bisher angenommen. Die nächste Bundesregierung muss die Klimakrise zu einem ihrer Hauptthemen machen.

Seit Jahren mahnen Hilfsorganisationen, dass Fluchtbewegungen und Nahrungsmittelknappheit eng zusammengehören. Hunger ist nicht nur ein Fluchtgrund, sondern oftmals auch Auslöser von Konflikten. Diese führen wiederum zur Flucht – ein Teufelskreis. Der Westen hingegen wird immer Wege finden, der Nahrungsmittelknappheit in den eigenen Ländern entgegenzutreten. Dafür sind finanzielle Mittel da.

Der Westen bleibt auch deshalb ein Sehnsuchtsort, viele Menschen werden sich dorthin auf den Weg machen, wenn sie nichts zu essen und zu trinken haben – wenn die Gefahr, zu verhungern oder zu verdursten, größer erscheint, als auf der Flucht davon zu sterben. Verschließen die westliche Welt und Europa die Augen davor, wird die Krise größer und früher oder später auch die Industrieländer erreichen. Deutschland gibt sich seine als Moralinstanz, daraus folgt Verantwortung.

KOMMENTAR

Belastung für die Ampel

SPD bevorzugt in Schwerin und Berlin die Linke

In Berlin ist heute Tag der Entscheidung. SPD, Grüne und FDP wollen darüber befinden, ob sie von der Sondierung über eine Ampel-Koalition in echte Verhandlungen übergehen. Umso bemerkenswerter ist, dass Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig jetzt ihre Präferenz für eine rot-rote Koalition bekundet hat und die wohl nächste Regierende Bürgermeisterin Berlins, Franziska Giffey, das rot-grün-rote Bündnis in der Hauptstadt fortsetzen will, nachdem sie mit einer Ampel gelieblich hatte.

Gewiss ist Landespolitik das eine und Bundespolitik etwas anderes. In Schwerin sind die Christdemokraten zudem notorisch schwach. Ihr Innenminister Lorenz Caffier musste zurücktreten, weil er in einem mut-

maßlich rechtsextremen Milieu eine Waffe kaufte. In der Berliner Landespolitik wiederum ist nichts so beständig wie das Irrlichtern der CDU.

Freilich ist erstaunlich, dass die SPD hier wie dort der Linken den Rettungsring zuwirft. Sie hat immerhin in beiden Ländern verloren und fiel in Mecklenburg-Vorpommern unter zehn Prozent. Der Verdacht liegt nahe, dass zumindest Schwesig sich die Linke eben deshalb ausgesucht hat.

Noch erstaunlicher ist, dass die sozialdemokratischen Frauen ihre Präferenz direkt vor der Ampel-Entscheidung auf Bundesebene publik machen. Das könnte die FDP, die mit einer positiven Entscheidung einen „Lager“-Wechsel vollzöge, in der Furcht bestärken, einem Linksrück der Republik die höheren Weihen zu geben.

MARKUS DECKER
ksta-politik@
dumont.de

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Raus aus dem Schneckenhaus

Viele Deutsche befinden sich im „No Future“-Modus, doch die Bereitschaft wächst, sich für eine lebenswerte Zukunft einzusetzen

Spricht man mit Bürgerinnen und Bürgern über ihre Vorstellungen von der Zukunft, begegnet man einer resignativen Grundhaltung. Zwei Drittel der Deutschen befinden sich in einem „No Future“-Modus. Sie glauben nicht daran, dass die großen Probleme unserer Zeit gelöst werden können, und sie haben große Sorge vor einer weiteren Spaltung der Gesellschaft. Das mangelnde Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates forciert den Rückzug in private Nischen. Es wächst aber auch die Bereitschaft, allein oder mit Gleichgesinnten für eine lebenswerte Zukunft tätig zu werden. Das sind zentrale Erkenntnisse einer repräsentativen und tiefenpsychologischen Untersuchung des Kölner Instituts „rheingold“ in Zusammenarbeit mit der gemeinnützigen Stiftung für Philosophie „Identity Foundation“ in Düsseldorf.

Die Corona-Krise hat die Verunsicherung der Menschen weiter zugespitzt und Zukunftssängte noch verstärkt. Denn fast alle haben die Erfahrung gemacht, dass ihr gewohntes Leben auf den Kopf gestellt wurde und der Rhythmus ihres Alltags aus dem Takt geraten ist. Freundschaften oder Beziehungen sind zerbrochen wegen sich vertiefender ideologischer Gräben im Hinblick auf den „richtigen“ Umgang mit dem Virus oder der Impfung. Zudem wurden viele Entscheidungen der Politik in der Corona-Krise als unzulänglich oder unangemessen erlebt.

Die Zukunfts- und Weltoffenheit der Menschen ist insgesamt stark geschrumpft. Viele denken nicht mehr in globalen, europäischen oder nationalen Dimensionen. Der Fokus ist vor allem auf den persönlichen Nahbereich, die eigene Familie oder das eigene Selbst gerichtet. Nur fünf Prozent der quantitativ Befragten engagieren sich selbst aktiv gesellschaftlich, jedoch nehmen 87 Prozent eine gestiegene Selbstbezüglichkeit der Menschen wahr.

Sinnbildlich haben sich viele Deutsche in ihr privates Schneckenhaus zurückgezogen. In ihrem kleinen Wirkungskreis umgeben sie sich mit Gleichgesinnten, hier verspüren sie Sicherheit und Selbstgewissheit, und hier keimt bei 64 Prozent auch die Hoffnung auf eine zumindest individuell gute Zukunft. Die eigene Zukunftssicherung in Form stabiler Renten und eigener sozialer Absicherung steht für 70 Prozent an erster Stelle der persönlichen Wunschliste – weit vor dem Wunsch nach einer intakten Umwelt (50 Prozent).

Während die Welt drinnen im kleinen privaten Kreis noch als überschaubar und bewältig-

STEPHAN GRÜNEWALD

ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts. Er schreibt aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

bar erlebt wird, türmen sich in der Welt da draußen schier unbezwingbare Probleberge auf: von der Delta-Variante des Coronaviruses über die drohende Klimakatastrophe bis zum sozialen Klimawandel. So haben 83 Prozent Angst vor einer gesellschaftlichen Spaltung, 90 Prozent beobachten eine immer stärker werdende soziale Spreizung in Arm und Reich, und 91 Prozent nehmen eine zunehmende Aggressivität in der Gesellschaft wahr.

Die Menschen leugnen nicht, dass sie global und auch national vor Jahrhundert-Herausforderungen (Rente, bezahlbarer Wohnraum, Schulden, Pflegenotstand) stehen. Aber sie befinden sich in einem fundamentalen Machbarkeitsdilemma. Sie haben keine Idee, wie sie selbst oder die häufig als planlos erlebte Politik all diese gewaltigen Probleme lösen können. Die Zukunft erscheint so als ein riesiges Vakuum, das mal mit paradiesischen Erlösungshoffnungen gefüllt wird, mal mit finsternen Untergangsfantasien.

Aktivismus im persönlichen Nahbereich wird zur gefühlten einzigen Möglichkeit, der wahrgenommenen Aussichtslosigkeit etwas entgegenzusetzen. Vor allem die Lockdown-Erfahrungen haben zu einer neuen Form der Selbstwirksamkeit geführt. Angespornt durch die äußeren Beschränkungen, sind viele Menschen in Innenräumen aktiv und schöpferisch geworden. Kochen, Pflanzen, Renovieren – voller Stolz haben sie gespürt, dass sie im Kleinen etwas ausrichten können. Und das gibt 80 Prozent die Zuversicht, die Krise auch als Chance zu sehen.

Auch die Sozialbezüge wurden neu geordnet und sortiert. An die Stelle der digitalen Kontakt-Maximierung trat die Suche nach echten und tragfähigen Beziehungen: Wer steht mir wirklich nahe? Wem kann und will ich vertrauen? Mit wem kann ich etwas bewegen? Vor allem die Flutkatastrophe hat gezeigt, zu welchen Formen der Solidarität ein Gemeinwesen fähig ist, das sich kollektiv handfesten Aufgaben stellt.

Die Fokussierung auf den Nahbereich hat das Machbarkeitsgefühl gestärkt, im Lokalen etwas bewirken und verändern können. Zukunftspunkte ergeben sich dann aus den jeweils konkreten Lebens-Sphären – pragmatisch, praktisch, ganz real und als Kontrapunkt zu den oft als leer wahrgenommenen Versprechungen des Politikbetriebs. Die Einsicht wächst, dass Teilhabe zu einem Mehr an Zufriedenheit und Gemeinschaftsgeist führt. Offen und zu hoffen bleibt, dass diese Kräfte des gesellschaftlichen Zusammenwachsens weiter gestärkt werden.

Thomas Pläßmann

PRESSESCHAU

Das Scheitern in Afghanistan kann nicht folgenlos bleiben

Rhein Zeitung

KOBLENZ Wer wie Deutschland einen ständigen Sitz im Welticherheitsrat anstrebt, kann Weltpolitik nicht mehr nur von der Seitenlinie aus kommentieren. Für künftige Einsätze muss es dann allerdings eine klare Definition sicherheitspolitischer Interessen geben. Eine Lehre des Afghanistan-Einsatzes muss die Erkenntnis sein, dass sich Staats- und Gesellschaftsformen wie eine Demokratie westlichen Zuschnitts nicht beliebig exportieren lassen, erst recht nicht in eine Stammesgesellschaft wie Afghanistan. Daran muss man scheitern.

NÜRNBERGER Nachrichten

Es gibt aus der Geschichte kein echtes Beispiel dafür, dass aus einer militärischen Besatzung heraus ein blühender, sich selbst tragender Staat entsteht. In der Regel, das zeigen beispielsweise der Irak oder Libyen, ist das exakte Gegenteil der Fall. So weit-sichtig hätte die Politik sein müssen und ehrlich benennen, was geht und was nicht. Oder um was es geht und um was nicht.

Badische Zeitung

FREIBURG Eine Debatte ist überfällig – erst recht nach dem Scheitern in Afghanistan. Darüber, welche außenpolitische Strategie das Land verfolgt, welche Rolle Deutschlands Militär dabei spielt, wie es dafür ausgestattet – und bewaffnet – sein muss. Im Wahlkampf herrschte dazu überwiegend Schweigen. Gerne stellt man das Thema Verteidigungspolitik in die dunkle Ecke – dorthin, wo sie keiner sehen kann. Sieht so ein wertschätzender Umgang mit der Bundeswehr und ihren Soldaten aus? Es ist zu hoffen, dass die nächste Bundesregierung den Mut aufbringt, sich der Diskussion zu stellen.

Köln

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neuen DuMont & Christian DuMont Schütte, Isabella Neuen DuMont.
Chefredakteur: Carsten Fiedler.
Stellvertreter: Lutz Feilerabend, Dr. Sarah Stracke.
Head of Digital: Martin Döwede.
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).
Chefkorrespondent: Joachim Frank.
Köln: Christian Hummel (Leitender Redakteur).
Landeskorrespondenten: Gerhard Voigt (Leitender Redakteur), Frank Olters (Bildung), Newbeam Kendra Stenzel, NRWStory, Claudia Lehnen, Maria Döhmen (Reportage), Wirtschaft: Thorsten Bräutigam, Sport: Christian Lier, Kultur: Anna Burgher, Magazine: Eva Fiedler, Jenny Mayzner, Chefredakteur: Peter Berger, Detlef Schmalberg, Karl-Heinz Wagner, Art Director: Nicolas Jantzi, Produktion: Klaus Schröder, Regioedit: Michael Gruel, Christine Badke. Alle verantwortlich und wehrhaft in Köln.

Hauptstadtredaktion: Eva Quackbeck (Leitung), RND Berlin GmbH, Gf. Marco Fenske.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer, London: Katrin Pribyl, Washington: Karl Doerners, Brüssel: Damiir Fray, Madrid: Martin Dahms, Athen: Gerd Höller, Istanbul: Nikos Frank Nordhausen, Johannesburg: Johannes Dietrich.

Nachrichtengeneratoren: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@dumont.de; Fax Redaktion: 0221 224-2534.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG, 50990 Köln, Neuen DuMont Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50775 Köln, Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0500 0000 2505 05.
Verlagsgesellschaft: Mico Sirensky, Karsten Hundhausen (Medienrecht).
Leitender Vertrieb: Birgit Rollesbroich.

Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prima, TV-Magazin zur Zeitung.

Gültige Anzeigenpreise Nr. 23 vom 1. Januar 2021 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen, Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unerwartete Ereignisse sind Druckkosten keine Gewähr.

Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung der Kölnischen Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-Service: Tel. 0221 / 224-2420, Fax 0221 / 224-24 32
E-Mail: abo-kundenservice.koeln@dumont.de

Anzeigen-Service: Tel. 0221 / 224-2410, Fax 0221 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen.koeln@dumont.de

Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.

Köln